

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

22.8.1929 (No. 194)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Verantwortlich
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsbeilage für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Fortdauer der Krise im Haag

Noch kein Ergebnis des Sechs-Mächte-Konferenz
W.B. Haag, 22. Aug. (Tel.) Die heute um 10 1/2 Uhr begonnene Sitzung der sechs einladenden Mächte dauerte etwa eine Stunde und endete mit einer Vertagung auf morgen 16.30 Uhr. Inzwischen soll in inoffiziellen Besprechungen der Delegierten untereinander der Versuch gemacht werden, eine praktische Lösung in den finanziellen Fragen herbeizuführen. An der heutigen Aussprache nahmen teil: Briand, Snowden, Henderson, Mosconi und Matschi, von deutscher Seite Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Wie man erfährt, faßte der Vorsitzende Jaspard die Diskussion dahin zusammen, daß der deutsche Antrag allen Beteiligten die Notwendigkeit vor Augen geführt habe, solange zusammenzubleiben, bis eine glückliche Lösung gefunden worden sei.

Nach Privatmeldungen aus dem Haag ist auf deutsche Anregung, die von England stark unterstützt wurde, beschlossen worden, für den Fall, daß man zu einer Einigung bis Samstag nicht gelangt, an diesem Tage eine öffentliche Vollversammlung abzuhalten. Außerdem war man sich darüber einig, daß ein Abbruch oder eine Vertagung nicht stattfinden soll. Dann werden eventuell die weiteren Besprechungen zwischen den Staatsmännern nach Genf verlegt. Auch wird morgen eine Sitzung der Besatzungsmächte unter Einfluß Deutschlands stattfinden. Wesentlich stimmt, daß Deutschland nun auch an den Finanzberatungen beteiligt ist.

Gestern wurde bekannt, daß die Regierung Briands, die gestern abend aus dem Haag gemeldet wurde, wonach nämlich Briand es abgelehnt habe, dem deutschen Vorschlag zu folgen und den Youngplan provisorisch in Kraft zu setzen, falls man vor dem 1. September nicht zu einer Einigung gelange, nicht zutrifft. Er hat vielmehr gerade diese Lösung als äußerste Möglichkeit bezeichnet, über die man sich dann unterhalten könne, wenn eine Verständigung nicht mehr erfolge. Nach wie vor ist jedoch die Lage als ernst anzusehen, und man verheißt sich in politischen Kreisen nicht, daß ein Scheitern der Haager Konferenz für Deutschland von weittragenden innerpolitischen Folgen sein, ja auch den Rücktritt des Kabinetts herbeiführen könnte.

Die durch Deutschlands Note veranlaßte Besprechung der sechs Mächte hatte am Mittwochabend im Haag begonnen. Man vertagte sich gestern nach 2 1/2 stündiger Beratung auf heute, Donnerstag, vormittag.

Wie Havas meldet, ist man sich über die Notwendigkeit klar, so rasch wie möglich zur grundsätzlichen Annahme des Youngplans oder zu seiner Ablehnung zu gelangen. Das Herannahen des 1. September mache den Gläubigermächten eine umfassende Entscheidung zur Pflicht. Zu diesem Zweck würden die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans nunmehr ohne Unterbrechung ihre Beratungen fortsetzen. Da der engl. Schatzkanzler erklärt habe, einige Zugeständnisse hinsichtlich seines Standpunktes zu machen, aber noch immer nicht dem Angebot der vier Gläubigermächte auch nur grundsätzlich zugestimmt habe, sei Dr. Stresemann berechtigt gewesen, Mittwoch abend den Alliierten die Frage vorzulegen, was hinsichtlich der deutschen Reparationszahlungen nach dem 1. September erfolgen werde.

Der deutsche Standpunkt ging, wie eine Privatmeldung aus dem Haag wissen will, dahin, daß die Konferenz ihre Hauptaufgabe nicht nur noch nicht erfüllt, sondern mit der Behandlung gleichfalls wichtiger, aber im Vergleich zu dieser Hauptaufgabe doch nicht so wichtiger Aufgaben, in den Hintergrund gedrängt habe. Formal wird der Dawesplan automatisch weiterlaufen, solange die Rechtsgrundlage des Youngplans durch ein Abkommen nicht geschaffen ist. Sachlich gilt das Wort der maßgebenden Autoritäten, wonach die Noten des Youngplans die höchste für Deutschland tragbare Belastung darstellen. Für Deutschland ist es eine entscheidende Frage, die in diesem Zusammenhang geklärt werden muß, sei es auch für ein Übergangsstadium, falls die Konferenz vor dem 1. September nicht zu einem Abschluß gelangen sollte.

Briands Stellung in der Räumungsfrage

W.B. Paris, 21. Aug. (Tel.) Über die Stellungnahme Briands in der Räumungsfrage macht der „Matin“ folgende Angaben:

Briand habe sich sehr fest gezeigt. Das politische Zugeständnis liege in der Tatsache, daß die vorzeitige Räumung gewünscht sei, und daß die Räumung der dritten Zone beginnen werde, sobald die Reparationen geregelt seien. Dieser erste große Erfolg der Politik Stresemanns könne nicht durch einige Wochen Frist entwertet werden. Die zweite Zone sei Briand geneigt, vier Monate früher, also im September, räumen zu lassen. Wenn die Engländer erklärten, daß sie ihre 5000 Mann in drei Monaten zurückziehen werden, so könne man französischerseits darauf erwidern, daß man in dem gleichen Zeitraum 12 000 Mann französischer Truppen zurücknehme. Um aber die restlichen 38 000 Mann zurückzuführen, müsse

Letzte Nachrichten

Vom Kieler Reichstädtetag

Eine Kundgebung der Klein- und Mittelstädte
W.B. Kiel, 22. Aug. (Tel.) Nach einem festlichen Begrüßungsabend wurden heute die Beratungen der Mitgliederversammlung des Reichstädtetages, der Spitzenorganisation der deutschen Klein- und Mittelstädte, mit einer Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten, Oberbürgermeister Dr. Bellan (Eilenburg) eröffnet.

Er ging dabei auf die Verabschiedung des Umgemeindegesezes für Rheinland und Westfalen im Preussischen Landtag ein. 14 blühende Mittel- und Kleinstädte mit über 243 000 Einwohnern hätten zu bestehen aufgehört, und zwar zum allergrößten Teile gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung. Der Reichstädtetag protestiere entschieden gegen dieses Gesetz. Da in den Parlamenten und in der öffentlichen Meinung das Interesse für die Großgemeinden und Gemeindeverbände stark im Steigen begriffen sei, während die Belange der zahlreichen mittleren und kleineren Städte in auffälliger Weise vernachlässigt würden, benutze der Reichstädtetag diese Anwesenheit, um einen Appell an das ganze deutsche Volk zu richten für die im Interesse des allgemeinen Volkswohls gelegene Erhaltung der Selbstverwaltung der Klein- und Mittelstädte.

Das erste Referat über die sozialen Aufgaben der Gemeinden hielt Erster Bürgermeister Stoll, Fürstentum. Er erklärte u. a., die deutschen Mittel- und Kleinstädte mit ihrem betonten kommunalen Eigenleben müßten erwarten, daß die Gesetzgebung in Reich und Staat ihre soziale Funktion anerkenne und dafür Sorge trägt, daß sie nicht unter den Wirkungen eines auf die Dauer untragbaren Landverknappungssystems erlahmen muß, das vielen die zur Erfüllung ihrer notwendigen Aufgaben notwendigen Mittel vorenthält.

Über die kulturellen Aufgaben der Gemeinden sprach dann Landtagsabgeordneter Dr. Steffens. Bei aller Anerkennung des Aufsichtsrechtes des Staates und der Notwendigkeit der einheitlichen Gestaltung des inneren Schulwesens und anderer Bestimmungen, darf doch die selbstverwaltende Tätigkeit der Städte nicht so beschränkt werden, daß ihnen die Freude an ihrem Schulwesen und damit die produktive Initiative verloren geht. Der Pflichtenfüllung der Städte müßten auch Rechte entsprechen. Die Feststellung der Kompetenzen von Staat und Städten im Schulwesen muß neu, und zwar im gegenseitigen Vertrauen erfolgen. Die Selbstverwaltung ist gerade für kulturelle Aufgaben notwendig.

Französische Senatswahlen

W.B. Paris, 22. Aug. (Tel.) Die Senatswahlen sind für den 20. Oktober 1929 festgesetzt worden. Es handelt sich um die Erneuerung eines Drittels der Sitze der Senatoren.

Die Kämpfe in Afghanistan

W.B. London, 22. Aug. (Tel.) „Times“ meldet aus Lahore: General Ragir Khan teilt mit, daß er mit seiner Streitmacht den Emir von Kabul zwei Meilen von Gardez entfernt geschlagen, 200 Gefangene gemacht und Gewehre, Munition und Vorräte erbeutet habe.

man erst Unterbringungsmöglichkeiten vorbereiten. Das französische Oberkommando sei auch nicht geneigt, die Truppen und die ungeheuren Materialbestände im Winter zurückzuschaffen. Um die Soldaten unterzubringen und sie unter guten hygienischen Bedingungen zurückzubringen, dürfe die Räumungsoperation nicht vor dem 1. März beginnen. Sie könne also nicht vor September 1930 beendet sein. Diese Deduktionsarmee müsse längs des Rheins bleiben. Man dürfe sie nicht in ferne Garnisonen zerstreuen. Briand sei nicht geneigt, über die Gutachten seiner militärischen Mitarbeiter hinwegzugehen.

Englischer Pessimismus

W.B. London, 22. Aug. (Tel.) Die Morgenblätter halten die erfolglose Beendigung der Haager Konferenz Ende dieser Woche für nahezu sicher. Sie melden übereinstimmend, daß das wertlose italienische Angebot eine Einigung unmöglich mache. Macdonald erklärte einem Vertreter des „Daily Herald“ auf Befragen, die britische Delegation im Haag besitze das vollste Vertrauen des Kabinetts.

Der Reuterskorrespondent im Haag meldet, daß das italienische Angebot in bezug auf die britischen Kohlenlieferungen an Italien infolge der damit verknüpften Bedingungen wertlos sei. Weiter sagt der Korrespondent, die Ansichten darauf, daß die Konferenz mit einer Vereinbarung über die Reparationsfrage enden werde, seien nur noch sehr gering. Es werde allgemein erwartet, daß die Konferenz am Samstag mit einem harmlos klingenden Kommuniqué ihr Ende finden wird. In dem Kommuniqué werde es wahrscheinlich heißen, die Zeit sei als zu kurz befunden worden, um die vom Krieg hinterlassenen finanziellen und politischen Probleme zu regeln. Die Verhandlungen müßten daher zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden.

Der Außenpolitiker des Reiches

W.B. Paris, 22. Aug. (Tel.) Der Außenpolitiker des Reiches, Dr. Stresemann, wird aus dem offiziellen Kommuniqué über die Sitzung folgende Feststellungen herauslesen können: Von allen Delegierten wurde einstimmig, einschließlich Snowdens, die Notwendigkeit anerkannt, schnellst zu einem Abschluß zu gelangen. Je näher der Augenblick der Trennung heranrückt, um so mehr zögere Snowden, das Wort auszusprechen, daß den Grund zur Folge haben würde. Sachlich habe sich nichts geändert.

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung

Der Gesetzentwurf über die Reform der Arbeitslosenversicherung, der wie gemeldet, nun dem Reichstag und dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags vorliegt, ist, insofern nicht vollständig, als das Kabinett wegen der politischen Schwierigkeiten, die eine volle Einigung verhindern, darauf verzichtet hat, Vorschläge für die Deduktion eines Fehlbetrages von 47 Mill. Reichsmark zu machen, der nach der Durchführung aller Änderungen voraussichtlich in einem Normaljahr noch übrig bliebe. Aus dem Inhalt des Entwurfs sind noch folgende Einzelheiten hervorzuheben:

Die Vorlage will zunächst nachweisbare Mängel ausräumen. Sie folgt zum größten Teil den Vorschlägen, die die Sachverständigenkommission im Juni beschloß. In einem neuen § 89 a wird eine Definition der Arbeitslosigkeit gegeben:

„Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender erwirbt, oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann, oder im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abstammungen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder mit erwerben kann, falls ihm dies unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit und seines Wohnortes zugemutet werden kann.“

Durch diese Definition soll verhindert werden, daß künftig Personen, die in Wirklichkeit keine Arbeitnehmer sind, die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Geringfügige Beschäftigungen sollen künftig nur dann versicherungspflichtig sein, wenn sie von Personen, die berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegen, berufsmäßig ausgeübt werden; durch die Novelle für unständig Beschäftigte (§ 75 c) enthält der Entwurf die Möglichkeit zur Erlassung von Sonderbestimmungen, die die Versicherungspflicht einschränken oder aufheben. Wichtig ist auch eine Neuregelung der Sperrstrafen im § 93 b. Die Sperrstrafen, die bei unberechtigter Arbeitsverweigerung oder bei freiwilliger Aufgabe oder schuldhaftem Verlust einer Arbeit verhängt werden, sollen in einem elastischen Rahmen von 2 bis 8 Wochen verhängt werden können. Ein neuer § 74 b spricht aus, daß volksschulpflichtige Arbeitnehmer unter allen Umständen versicherungsfrei sind. Für Lehrlinge wird im § 74 ebenfalls eine Neuregelung getroffen: die Versicherungsfreiheit erlischt zwölf Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet, falls für diese zwölf Monate ein wöchentliches Arbeitsentgelt von wenigstens 6 Mark oder ein monatliches Entgelt von wenigstens 25 M vereinbart ist.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen der Novelle vereinfacht und verbessert das Verfahren bei der Durchführung des Gesetzes. Das Beitragsverfahren wird vereinfacht, die Arbeitslosenunterstützung ist von Amts wegen zu entziehen, wenn sich herausstellt, daß die Voraussetzungen zum Bezuge in Wirklichkeit nicht vorliegen haben, die Kontrolle wird verstärkt. Auch bei einer Sperrfrist und während der Wartezeit muß sich der Arbeitslose künftig beim Arbeitsamt melden. Der Arbeitslose, der einen Antrag auf Unterstützung stellt, muß künftig angeben, in welchen versicherungspflichtigen Beschäftigungen und wie lange er in diesen seit dem Beginn der Anwartschaft gestanden hat. Andererseits werden Arbeitgeber, die vorsätzlich oder fahrlässig in einer Bescheinigung falsche oder unvollständige Angaben über das Beschäftigungsverhältnis eines ihrer Arbeitnehmer oder über den Grund der Lösung des Beschäftigungsverhältnisses machen, zum Schadenersatz verpflichtet, wenn der Reichsanwalt aus solchen falschen oder unvollständigen Bescheinigungen ein Schaden entsteht; außerdem sind Strafen angedroht.

Die wichtigsten Neuerungen des Entwurfs dienen dem Zweck, die Arbeitslosenversicherung finanziell zu entlasten. Der § 105 wird dahin geändert, daß für die Höhe der Unterstützung nicht mehr das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten drei Monate, sondern das der letzten 26 Wochen oder Monate maßgebend sein soll. Nach einem neuen § 107 b darf, wenn ein Arbeitsloser mehr als die Hälfte der maßgebenden Beschäftigungszeit in einem anderen Orte zugebracht hat als in dem, wo die Unterstützung zu gewähren ist, die Unterstützung nicht höher sein, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsortes wäre.

Grundsätzlich neu geregelt ist die Wartezeit. Sie soll künftig nicht mehr sieben Tage betragen, sondern nach dem Familienstand gestaffelt sein, so daß Arbeitslose ohne zahlungsberechtigte Angehörige eine Wartezeit von 14 Tagen, solche mit ein, zwei oder drei Angehörigen eine Wartezeit von sieben Tagen, und solche mit vier oder mehr Angehörigen eine Wartezeit von drei Tagen zurückzulegen haben. Wegen einer Umkehrung der Wartezeitvorschriften trifft der Entwurf Sicherungen.

Wartegelder und Ruhegehälter sollen nach § 112 a in Zukunft voll auf die Unterstützung angerechnet werden, Sozialrenten und ähnliche Bezüge sollen angerechnet werden, soweit sie 20 M im Monat übersteigen. Von der Anrechnung frei bleiben Versorgungsrenten. Die Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen, die aus Mitteln der Reichsanstalt bestritten werden müssen, werden in Zukunft herabgesetzt (§ 119), indem für die Berechnung des Grundlohnes an die Stelle des auf den Kalendertag entfallenden Arbeitsentgelts 10 Proz. des wöchentlichen Einheitslohnes treten, sofern der

Arbeitsminister nichts anderes bestimmt; für die Berechnung der Beiträge können Pauschbeiträge vereinbart werden. Der von der Sachverständigenkommission angenommene Antrag Riefener, der generell die Unterstützung nach den Beiträgen abtufen wollte, ist vom Kabinett in die Vorlage nicht aufgenommen, sondern nur für die Regelung der Unterstützung bei berufstätiger Arbeitslosigkeit abgelehnt worden, soweit die Lohnklassen von VII an aufwärts in Frage kommen. Die Arbeitslosen der Lohnklassen VII bis XI sollen während einer berufstätigen Arbeitslosigkeit die volle Unterstützung nur dann erhalten, wenn sie in den letzten zwei Jahren mehr als 52 Wochen in einem Zusammenhang gearbeitet haben. Erfüllen sie diese Voraussetzung nicht, so erhalten sie eine geringere Unterstützung, und zwar in den Lohnklassen VII bis X die Sätze der Klasse VI, in der Lohnklasse XI die Sätze der Klasse VII.

Die finanzielle Wirkung der Novelle ist in der Begründung nur insoweit berechnet, als Entlastungsvorschläge in Frage kommen; wieweit die Änderungen des Gesetzes, die Mißbräuche abstellen sollen, einen finanziellen Minderbedarf bewirken, kann erst die Praxis zeigen. Der jährliche Fehlbetrag würde sich durch die neuen Bestimmungen auf 187 Mill. verringern; um ihn auszugleichen, schlägt die Novelle vor, daß vom 1. November 1929 bis zum 31. März 1931 die Beiträge von 3 auf 3½ Proz. erhöht werden sollen; diese Regelung soll bis zum 31. März 1932 weiter gelten, wenn die Reichsregierung bis zum 28. Februar 1931 nichts Gegenteiliges bestimmt hat. Der jährliche Ertrag der Beitragserhöhung wird auf 140 Mill. Reichsmark berechnet, so daß, um die Reichsanstalt während eines normalen Jahres ins Gleichgewicht zu bringen, wie oben bereits bemerkt wurde, noch für weitere 47 Mill. Reichsmark Deckung geschaffen werden muß. Die Schließung dieser Lücke hat die Regierung dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags überlassen; dem Vornamen nach sind vom Zentrum und auch von anderen Parteien bereits Anträge vorbereitet, die der Schließung der Lücke dienen sollen.

Für den Winter 1929 auf 1930 ist die Lücke noch beträchtlich größer. Man rechnet für die Monate vom 1. November bis zum 31. März mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 1,5 Mill. Für die Veränderungen, die die Novelle bringt, fehlt es aber, da sie erst am 1. November in Kraft treten soll, an der nötigen Anlaufzeit. Aus Haushaltsmitteln dürfen noch ungefähr 70 Mill. zur Verfügung stehen. Die Ausgaben für die Wintermonate werden auf 650 Mill. berechnet, die Einnahmen aus den normalen Beiträgen (drei Proz.) auf 340 Mill.; dazu kämen 57 Mill. aus der Beitragserhöhung, 68 Mill. aus den noch bereitstehenden Haushaltsmitteln, 25 Mill. aus Rückzahlungen aus Einnahmehüberschüssen. Die Änderungen des Gesetzes würden gleichzeitig für die fünf Monate Winderabgaben von zusammen 42,1 Mill. bewirken, so daß von den 650 Mill. rund 643 Mill. gedeckt würden. Ungedeckt blieben demnach im bevorstehenden Winter rund 107 Mill. Auch hierfür wird in den Beratungen des Ausschusses eine Lösung gefunden werden müssen, um so mehr, als aus der Reichskasse weitere Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung nicht bereitgestellt werden können, auch nicht in der Form von Darlehen.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages erläuterte Reichsarbeitsminister Wiffell am Mittwoch die einzelnen Bestimmungen des Regierungsentwurfs über die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und betonte, daß die Regierung allen Wünschen des Sachverständigenausschusses nicht gefolgt sei.

Als erster Redner in der Aussprache wandte sich Abg. Grafmann (Soz.) gegen eine generelle Herabsetzung der Leistungen. Eine Relation zwischen Beiträgen und Leistungen müsse abgelehnt werden, dagegen sei die Sozialdemokratie gern bereit, an der Abstellung bestehender Mißbräuche mitzuwirken. Reichszuschüsse würden sich auch in Zukunft nicht immer vermeiden lassen.

Abg. Häbel (A.) lehnte den Entwurf ab, da das gegenwärtige Gesetz alle bisherigen Gesetze an sozialreaktionärer Wirkung übertriffe.

Abg. Pfeffer (D. Vpt.) erklärte, daß es für die Deutsche Volkspartei überflüssig sei, zu erwähnen, daß sie mit der Vorlage nicht einverstanden sei. Es fehle das Hauptstück, und es sei ein Humberg, daß das Kabinett eine unfertige Vorlage dem Reichstag vorlege. Es müsse klar und deutlich unterschieden werden zwischen den Versicherungsleistungen, die man den langfristigen Beschäftigten gebe, und den kurzfristig Beschäftigten, die auf Grund ihrer Beiträge nicht auf versicherungsmäßige Leistungen, sondern nur auf Leistungen, die der Fürsorge ähnlich waren, Anspruch haben könnten. Wenn man diesen Grundsatz durchführe, würde mit einigen anderen Einsparnissen soviel gespart werden können, daß eine Beitragserhöhung überflüssig sei.

## Tuberkuloseheilung durch Diät

Eine Erklärung Prof. Sauerbruchs

In der letzten Zeit hörte man von einem neuen Tuberkuloseheilverfahren, das der Wiesfelder Arzt Dr. Gerson nach jahrelanger erfolgreicher Erprobung gefunden hat. Diese Diätur besteht in fastloser Kost. Gerson gibt den Kranken viel Eiweiß und Fett, wenig Kohlehydrate und ersetzt das Kochsalz durch andere Salze. Der Genuß von Fleisch wird auf ein Minimum beschränkt, dagegen werden den Kranken viel Gemüse und Salate verabreicht. Die Diätur sieht auch die Verabreichung von Rekräften aus Rohgemüse vor, da, wie Dr. Gerson sagt, der Körper mit Vitaminen jeder Art geradezu übersättigt werden müsse.

Obwohl über die Erfolge der Tuberkulosediat mehrmals in ärztlichen Fachzeitschriften berichtet wurde, blieb sie anfangs fast unbeachtet und wurde auch abgelehnt. Inzwischen scheint ein vollkommener Wandel in der Beurteilung des Diätverfahrens eingetreten zu sein. Gerson erklärt, daß seine Diätmethode darauf abziele, den Körper zu entgiften und die Funktionen des ganzen Körpers zu neuer Regenerationsfähigkeit anzuregen, und er behauptet, daß die Therapie bei jeder Krankheit mit den eingedrungenen Giften fertig werden muß, ganz einerlei, ob es sich um Mineralgifte oder Bazillengifte handelt.

Zu der Gersonschen Entdeckung gibt nun Prof. Dr. Sauerbruch, der berühmte deutsche Chirurg, Leiter der Chirurgischen Klinik, der Charité in Berlin, eine Erklärung ab, in der es heißt:

Ein in der Berliner medizinischen Gesellschaft am 3. Juli gehaltenen Vortrag über Diätbehandlung der Tuberkulose hat durch die Presse eine Verbreitung und Ausdehnung erfahren, zu der ich Stellung nehmen muß.

Die Ausführungen jenes Abends begannen mit kurzer Wiedergabe der Entwicklung der allgemeinen Diätbehandlung unserer Klinik. Eingehend wurde die von Dr. Gerson angegebene Kostform erörtert und ihr großer Wert für die Tuberkulosebekämpfung betont. Dr. Herrmannsdorfer hat dann durch anschauliche Bilder und Vorführungen von Tuberkulosekulturen

Abg. Haslach (Zent.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum größten Teil der Vorschläge, wie sie in der Regierungsvorlage enthalten sind. Der Kernpunkt der Frage sei aber herausgelassen. Die deutschen Anträge hätten zum Grundgedanken gehabt, die Verstärkung des Versicherungsgedankens, in dem sie zur Durchführung bringen wollten, eine Vermehrung der Unterstützungsleistung nach der Höhe der gezahlten Beiträge, d. h. der Anwartschaftszeit. Die Deutschnationalen seien der Überzeugung, daß den harten Notwendigkeiten der Lage im verarmten Deutschland nicht anders Rechnung getragen werden könne als durch einen Abbau der Versicherungsleistungen, da eine Erhöhung der Beiträge, für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber, völlig außer Frage stehe.

## Die produktive Erwerbslosenfürsorge

Mittwoch nachmittag fand im Reichstag eine Besprechung einer kleineren Anzahl von Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses und von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums statt, wobei es sich darum handelte, ob Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge im Wege einer Nachtragsforderung vom Reichstag verlangt werden sollen. Die Erörterung führte laut „Berl. Tagebl.“ dazu, daß von diesem Gedanken Abstand genommen wurde. In politischen Kreisen spricht man von einem neuen Plan, gesetzlich festzulegen, daß gewisse öffentliche Bauten im Winter auszuführen seien, ferner davon, die Vorschriften über das öffentliche Beschäftigungswesen von Reichs wegen neu zu ordnen.

## Amerikaner über Sowjetrußland Rußland für ehrlche politische Beziehungen noch nicht reif

Mitglieder einer amerikanischen Delegation, die soeben ihren Besuch in Sowjetrußland beendet haben, erklärten einem Mitarbeiter der „Post. Ztg.“, daß auf Grund ihrer in der Sowjetunion gewonnenen Eindrücke die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten nicht in Frage kommen dürfte. Von 42 führenden Mitgliedern der amerikanischen Delegation sind nur 13 von der Ratsamkeit und Notwendigkeit einer solchen Anerkennung überzeugt. Die sämtlichen übrigen Delegierten sind gegen einen derartigen Schritt, und einer von ihnen, der Präsident einer großen technischen Gesellschaft in Chicago, erklärte mit Zustimmung seiner Kollegen, es dürfe mindestens ein Jahrzehnt vergehen, ehe die Sowjetregierung außenpolitisch reif genug sei für die Aufnahme ehrlcher politischer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Anders als über die Anerkennung der Sowjetregierung durch Washington denken die Führer der Delegation über die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland. Mehrere Mitglieder der amerikanischen Delegation betonen ihren Aufenthalt in Moskau dazu, wirtschaftliche Beziehungen zu maßgebenden Stellen der Sowjetregierung anzuknüpfen, mit dem Erfolg, daß bereits Verträge und Vorverträge für die Lieferung von Maschinen und Werkzeugen, die Einrichtung von industriellen Neubauten und die Bestellung von amerikanischen wirtschaftlichen Sachverständigen in einer Gesamthöhe von etwa 25 Millionen Dollars zustande kommen konnten. Dagegen hat kein einziges Mitglied der amerikanischen Delegation über eine langjährige Investierung größerer amerikanischer Kapitalien in der Sowjetunion verhandelt.

## Internationale Tagung evangelischer Journalisten in Basel

In Basel, der historischen Stadt höchstentwickelter Buchdruckkunst und christlicher Einigungsbewegungen, begann am Mittwochvormittag eine Tagung evangelischer Journalisten, die als Teilarbeit des durch die Stockholmer Weltkirchenkonferenz eingeleiteten östlichen Zusammenwirkens der evangelischen Kirchen und als Fortsetzung der bei der letztjährigen Pressekonferenz in Köln veranstalteten ersten internationalen christlichen Pressekonferenz anzusehen ist. Die evangelische Journalistentagung bezieht eine engere internationale Zusammenarbeit der christlichen Presse und berät namentlich auch über ihr Verhältnis zur Tagespresse.

Der Präsident des Basler Kirchenrates, Universitätsprofessor Dr. Sandmann, begrüßte die Versammlung, die im Bischofshof, der Geburtsstätte der Basler Universitäts, tagt und zahlreiche führende Persönlichkeiten des christlichen Schrifttums aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und dem Elsaß, Holland und Belgien umfaßt. Zum Leiter der Tagung wurde der Direktor des evangelischen Presseverbandes für Deutschland und Vorsitzender der internationalen christlichen Pressekommission, Universitätsprofessor Dr. Gündler aus Berlin, gewählt.

Die bisherigen Ergebnisse seiner mühevollen vierjährigen Arbeit erläuterte. Er konnte zeigen, wie bis dahin unheilbare Lupus-krankte ohne Zuhilfenahme anderer Mittel, lediglich durch Umstellung ihrer Ernährung, geheilt worden sind, eine Tatsache, die von der Giesener Hautklinik einige Wochen vorher in einer Arbeit der Münchener medizinischen Wochenschrift und bei einer Sitzung im Reichsgesundheitsamt in vollem Umfang festgestellt worden war. Fast gleiche Erfolge konnten bei schweren fistelnden Knochen- und Gelenktuberkulosen vorgeführt werden.

Wesentlich vorsichtiger wurden die Ergebnisse bei der Lungentuberkulose besprochen. Ich betonte, wie häufig bei dieser nach Art und Verlauf so wechselvollen Krankheit Überraschungen im guten und schlechten Sinne vorkommen, und wie schwierig darum ein kritisches Urteil ist. Freilich haben wir so auffallende Befreiungen, daß der Diätbehandlung auch hier ein großer Einfluß zugesprochen werden mußte.

Öffentliche Verichterstattung aller Vorträge der Berliner medizinischen Gesellschaft ist seit langem Tradition. Sie ist bei bedeutungsvollen Mitteilungen berechtigt, wenn sie sich dabei auf sachliche Wiedergabe beschränkt. Die ersten Berichte der Zeitungen haben sich durchwegs in diesem Rahmen gehalten. Allmählich aber wurde das Tatsächliche zur Sensation. Diese schwoll laminarartig an und blieb nicht einmal frei von tendenziöser Aufmachung. Mit allen Fachgenossen bedauern wir diese Entgleisungen, die der Sache und unserem Stande nur schaden können.

Noch beklagenswerter aber ist, daß viele Schwerverrannte in einseitiger Überschätzung dieser übertriebenen Berichte zu dem Glauben kommen mußten, das Behandlungsproblem der Tuberkulose sei gelöst. Es ist zu befürchten, daß Enttäuschungen, die nach einer so kritischen Darstellung nicht ausbleiben können, zur Ablehnung eines hoffnungsvollen und ausföhrreichen Verfahrens führen.

An der überraschenden Wirkung zweimäßiger Ernährung bei der Tuberkulose kann nach den vorliegenden Erfahrungen ganz gewiß nicht gezweifelt werden. Nachprüfungen sind erforderlich, müssen aber systematisch in genügendem Ausmaß durchgeführt werden.

## Verögerung der Abreise des „Graf Zeppelin“ von Tokio Wiederaufstieg heute mittag

WTB. New York, 22. Aug. (Tel.) Nach einer Meldung der „Associated Press“ vom Landungsplatz des „Graf Zeppelin“ bei Tokio erklärte Dr. Edener, er hoffe, daß der Wiederaufstieg des Luftschiffes heute abend 9 oder 10 Uhr Tokioter Zeit, also 1 oder 2 Uhr nachmittags MEZ, erfolgen könne.

Als in Kasumigaura bei Tokio am Mittwoch das Luftschiff aus der Halle gezogen wurde, stieß die hintere Rotorengebel so heftig auf den Erdboden auf, daß eine Strebe brach. Der Schaden kann leicht ausgebessert werden, doch mußte das Luftschiff seinen Start nach Amerika verschieben.

Die zahlreichen Besucher aus Tokio, die in ungeheurer Scharen die ganze Nacht hindurch auf dem Flugplatz zugebracht hatten, um bei dem Beginn des dritten Fahrtabschnittes des „Graf Zeppelin“ zugegen zu sein, waren über das Mißgeschick, das dem Luftschiff zugefallen war und ihre Hoffnungen vereitelt hatte, bitter enttäuscht. Viele von ihnen hatten aber auch noch weiter aus und hofften, daß ihre Geduld innerhalb der nächsten 24 Stunden belohnt werde. In der Gepäckkabinen wurde gestern abend wieder ein blinder Passagier entdeckt, der sich trotz der größten Vorsichtsmaßnahmen der Wachmannschaften hatte einschleichen können. Er war, als man ihn aus seinem Versteck herausholte, halb erstickt und wurde nach ärztlicher Hilfeleistung den Behörden übergeben.

## Telegrammwechsel zwischen Tokio und Heidelberg

Anlässlich der Landung des „Graf Zeppelin“ in Japan hat der japanische Ministerpräsident an den Reichskanzler nachstehendes Telegramm übermittelt:

„Anlässlich der Ankunft des „Graf Zeppelin“ in Japan auf seinem Flug rund um die Welt habe ich die Freude, Ihnen und durch Sie dem deutschen Volk Japans herzlichste Glückwünsche zu übermitteln. Das ganze japanische Volk heizt das gewaltige Luftschiff mit einer der geschichtlichen Bedeutung des Ereignisses entsprechenden ungeheuren Begeisterung willkommen, und es wünscht ihm ein aufrichtiges „Fahr wohl“ für die kommende Begabung des pazifischen Luftzeugs, der bisher durch kein Flugzeug überquert worden ist. Das Werk deutschen Genies und Unternehmungsgeistes hat unsere beiden Völker sicherlich nicht nur in dem räumlichen Abstand, sondern auch in Freundschaft und Geist einander näher gebracht, und ich ergreife gern die Gelegenheit, dem deutschen Volke Glück und Gedeihen zu wünschen.“

Das Antworttelegramm des Reichskanzlers an den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi hat folgenden Wortlaut:

„Für die überaus herzlichen Glückwünsche, die Sie anlässlich der Ankunft des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ dem deutschen Volke und mir persönlich gesandt haben, spreche ich Ihnen meinen wärmsten Dank aus. Die begeisterte Anteilnahme, die das japanische Volk an dem Fluge bezeugt und die von Herzen kommende Gastlichkeit, mit der das Luftschiff und seine Besatzung in Japan aufgenommen wurden, finden in Deutschland freudigen Widerhall und dankbare Würdigung. Mit dem ganzen deutschen Volke teile ich Ihre Zuversicht, daß die Überwindung des Raumes durch die Luftfahrt dazu beitragen wird, unsere Völker einander näherzubringen und ihre Freundschaft weiter zu vertiefen.“

In herzlichster Erinnerung Ihres Grusses an Deutschland bitte ich, meinen aufrichtigen Wunsch für die glückliche Zukunft Japans entgegenzunehmen zu wollen.“

## Vorbereitungen für die Ankunft in Los Angeles

WTB. Los Angeles, 22. Aug. (Tel.) Auf dem Flugplatz sind alle Vorbereitungen für die Ankunft des Zeppelinluftschiffes getroffen. Der kleine Ankerhafen ist nahezu fertiggestellt. 350 Matrosen treffen aus San Diego zur Landungsstelle ein. Eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen ist für Dr. Edener, die Besatzung und die Passagiere geplant.

Kost nach Persien durch Zunkersflugzeuge. Nach Verhandlungen zwischen den Postverwaltungen von Persien und dem Graf sowie der Zunkersgesellschaft soll ein Abkommen erzielt worden sein, monach Zunkersflugzeuge Post aus dem Graf sowie europäische Post, die von Flugzeugen der Imperial Airways Co. in Bagdad abgeliefert wird, nach Persien befördern werden. Auf diese Weise wird ein Luftpostdienst Europa-Persien hergestellt.

## Präsident Hoover Ehren doktor der Techn. Hochschule Karlsruhe

Die Technische Hochschule Karlsruhe hat, wie bereits gemeldet, Herbert Hoover, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, ihre höchste akademische Auszeichnung verliehen, indem sie ihn zum Ehren doktor ernannte. Das Diplom lautet: „Die Badische Technische Hochschule Friedericiana zu Karlsruhe verleiht im 104. Jahre ihres Bestehens auf einstimmigen Antrag der Bauingenieurabteilung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Ingenieur Herbert Hoover, dem ersten Präsidenten des Amerikanischen Engineering Council, die Würde eines Doktor Ingenieur Ehrenhalber in Bewunderung seiner weltbildenden und erfolgreichen Ingenieurarbeit in allen Weltteilen.“

Herbert Hoover ist einer der bedeutendsten und führenden Ingenieure Amerikas im Bergbauwesen. Sowohl in seinem Heimatland als in China, in Südafrika, in Australien, überall hat er als Ingenieur anerkannte wertvolle Arbeit geleistet. Ihm ist u. a. auch die für die moderne Gestaltung der Wirtschaft bedeutungsvolle Förderung der Standardisierung, d. h. Normung in Amerika zu verdanken, die auch auf die deutsche Industrie in vieler Beziehung anregend gewirkt hat. Sein wissenschaftliches Interesse wird überdies begünstigt durch die vorzügliche Überlegung des berühmten Wertes „De re metallica“, die er mit Hilfe seiner gelehrten Lebensgefährtin Mrs. Hoover veröffentlichte. Sein Führeramt haben in den Kreisen der Ingenieure Amerikas befundet sich in seiner Wahl zum ersten Präsidenten des American Engineering Council, worin alle amerikanischen Ingenieurvereinigungen ihre Spitzenorganisation sich geschaffen haben. Mit dieser hervorragenden technisch-wissenschaftlichen Begabung vereinigt sich in ihm ein gewaltiges Organisations talent, das nicht zuletzt den Grund zu seiner Erwählung durch das amerikanische Volk zum Staatsoberhaupt bildete. Aus diesen Erwägungen heraus zählt nunmehr die Karlsruhe Friedericiana ihn mit Stolz unter ihre ersten akademischen Bürger.

Der Besuch der Heidelberger Festspiele war in diesem Jahre ständig ganz ausgezeichnet. In den meisten Fällen war ausverkauft. Das stärkste Kontingent der Festspielbesucher stellten die Ausländer, deren Zahl auf 60 Proz. der Gesamtzuschauer mit ziemlicher Sicherheit geschätzt werden kann.

## Die Verfolgung der Deutschen in Polen

Nachdem das Verfahren gegen Młik, dem bekannten Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien in Katowitz, seinen vorläufigen Abschluß gefunden hatte, hat der Staatsanwalt des Appellationsgerichtes in Thorn die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Führer des im Jahre 1923 von der polnischen Regierung aufgelösten Deutsch-tumbundes in Bromberg angeordnet.

Dieser „Deutschtumbund zur Wahrung der Minderheitsrechte“ entstand seinerzeit aus den deutschen Volksräten, die sich Ende des Jahres 1918 von Bromberg und Kofen aus gelöst hatten. Die von Kofen kommende Bewegung, die vom Kofener Deutschen Volksrat geführt wurde, nannte sich seit dem Jahre 1920 „Deutschtumbund zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen“, während die im Nebergau und in Westpreußen vorhandenen deutschen Volksräte sich in Bromberg in der „Deutschen Vereinigung“ verbunden hatten. Diese deutsche Vereinigung bestand aus Ortsgruppen, Kreis- und Bezirksvereinigungen, von denen die Bezirksvereinigungen Nordpommern ihren Sitz in Dirschau und die von Südpommern ihren Sitz in Graudenz hatte. Nach dem Eintritt der aus Angehörigen der ehemaligen Demokratischen und Zentrumspartei im Nebergau und in Pommern gebildeten „Vereinigung des Deutschen Volkstums in Polen“ wurde dann das Deutschtum in Polen fortan in geschlossener Front unter dem Namen „Deutschtumbund zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen“ vertreten.

Dieser Deutschtumbund war der polnischen Regierung und den Nationalpolen sehr unbenommen. Im Oktober 1920 wurde bereits zu einem Schlag gegen den Deutschtumbund aus-geführt und viele seiner Führer monatelang interniert, nachdem Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Akten stattgefunden hatten und die polnische Presse wegen angeblicher Staatsfeindschaft gegen den Deutschtumbund losgezogen war. Im Jahre 1923 erfolgte zunächst die Auflösung der Organisation des Deutschtumbundes in Pommern und am 6. August 1923 der Zentrale in Bromberg, der Landesvereinigung des Deutschtumbundes. Man warf der Vereinigung Geheimhändelei, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Amtsnahmung und Spionage vor. Gegen diese Auflösung wurde zwar von der Landesvereinigung des Deutschtumbundes beim Wojewodschafts-Verwaltungsgericht in Kofen Klage erhoben, eine Entscheidung erging aber nicht; die Verhandlung über die Klage wurde vielmehr bis zur Beendigung eines gegen die Führer des Deutschtumbundes eingeleiteten Strafverfahrens ausgesetzt. Dieses Strafverfahren richtet sich gegen elf frühere Mitglieder des Deutschtumbundes, die, soweit sie noch in Polen leben, unter Polizeiaufsicht gestellt sind, d. h. ohne Genehmigung der Polizei die Wojewodschaften Kofen und Pommern nicht verlassen dürfen.

Wenngleich die Angeklagten und mit ihnen alle Deutschen in Polen keinen Zweifel haben, daß die Auflösung des Deutsch-tumbundes zu Unrecht erfolgt ist und die Anklage sich als ein Schlag ins Wasser erweisen muß, wird man doch nach der Erfahrung im Falle Młik gezwungen, dem Ausgang dieses Verfahrens mit schwerer Sorge entgegenzusehen. Es fehlt jetzt das Zutrauen zu einer gerechten Entscheidung der polnischen Gerichte, nachdem im Falle Młik gezeigt hat, daß die polnischen Gerichte offenbar von vornherein geneigt sind, alles als bewiesen anzusehen, dessen man Deutsche beschuldigt.

## Die Zwischenfälle an der russisch-chinesischen Grenze

Von chinesischer Seite wird erklärt, daß die Zwischenfälle, die sich an der russisch-chinesischen Grenze ereigneten, darauf zurückzuführen seien, daß die Sowjetbehörden eine Reihe von Einfällen angeordnet hätten, um die Chinesen einzuschüchtern. Die Bewegungen der südchinesischen Truppen seien dadurch erschwert worden, daß die japanische Regierung ihren Transport mit der südmandschurischen Bahn nicht gestatte. 60.000 Mann, die nach dem Norden geschickt werden müssen, werden deshalb mehrere Wochen benötigen, um an ihren Bestimmungsort zu gelangen.

W.A. London, 22. Aug. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio, der Erklärung eines Regierungsvertreters zufolge wird Japan sich nicht in den chinesisch-russischen Konflikt einmischen, solange nicht japanische Interessen südlich von Chargin bedroht werden.

## Prolongation von Reichsschatkassenweisungen

Dem „Vörsenkurier“ zufolge haben sich die Banken bereit erklärt, die am 30. September d. J. fälligen Reichsschatkassenweisungen von 140 Millionen Reichsmark zu prolongieren. Es handelt sich hierbei um die erste Tranche der im Februar d. J. begebenen 7- und 11monatigen Schatzkassenweisungen. Die zweite Tranche ist Ende Januar n. J. fällig. Die näheren Einzelheiten der Prolongation werden noch festgestellt werden. Die Verlängerung der Laufzeit bis über Jahresende hinaus wird als zweckmäßig angesehen. Durch die Prolongation wird die Massenlage des Reiches zum kommenden Quartalstermin entlastet.

Die Reichssteuereinnahmen im Juli an Steuern, Zöllen und Abgaben betragen 1188,9 Millionen Reichsmark. Hieron entfallen auf die Besitz- und Verkehrssteuern 804,5 Millionen Reichsmark und auf die Zölle und Verbrauchsabgaben 834,4 Millionen Reichsmark. — Im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 sind die Einnahmen auf insgesamt 9325 Millionen Reichsmark veranschlagt. In den vier Monaten April—Juli, mithin im ersten Drittel des Rechnungsjahres, sind 3275,5 Millionen Reichsmark aufkommen — 167,2 Millionen Reichsmark mehr als ein Drittel des Jahresfolls. Aus dem Verhältnis des Aufkommens in den ersten vier Monaten des Rechnungsjahres zum Haushaltsfoll können deshalb Schlüsse auf eine etwaige Überschreitung des Gesamtjahresfolls nicht gezogen werden.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiete. Die interalliierte Rheinlandkommission hat das Pariser Organ der Kommunistischen Partei die „Humanité“ für drei Monate, und die in München erscheinende Zeitung „Völkischer Beobachter“ für dauernd mit sofortiger Wirkung von der Verbreitung im besetzten Gebiet ausgeschlossen.

Freipruch durch das englische Kriegsgericht. Der Musikmeister Ball, der im Kurgarten von Wiesbaden ein Potpourri von Haydn, in dem auch die Melodie des Deutschlandliedes vorkommt, dirigierte und vor ein englisches Kriegsgericht gestellt werden sollte, ist freigesprochen worden.

Neue Berliner Inlandanleihe. Die Stadt Berlin beabsichtigt, dem „Vörsenkurier“ zufolge, eine neue Anleihe im Inlande aufzunehmen.

Polnisches Flugzeuggeschwader über Pommern. Ein Geschwader von vier polnischen Heeresflugzeugen überflog nach einer Meldung der „Deutschn. Tagesztg.“ das Dorf Bardim im Kreise Lauenburg. Die von Nordosten nach Süden fliegenden Doppeldecker flogen teilweise so niedrig, daß die polnischen Höhenzeichen mit bloßem Auge erkenntlich waren.

## Der Flüchtlingszug der Mohrbach-Romar

Das von der Deutschen Luftflotte übernommene Großflugboot Mohrbach-Romar hat seinen Langstreckenflug am Dienstag ohne Zwischenlandung erfolgreich durchgeführt. Es wurde gesteuert von Flugkapitän Rikner. Nach seinem Start um 3.40 Uhr früh in Travemünde, nahm das Flugboot zunächst Kurs auf England und überflog 9.30 Uhr, wie schon gemeldet, Quill. Nächstes Ziel war dann Oslo, das um 15.45 Uhr erreicht wurde, nachdem die Doggerbank um 10.30 Uhr passiert werden konnte. Auf dem Rückflug sichtete Kopenhagen den Romar um 18.45 Uhr, und schließlich erfolgte um 20.35 Uhr die glatte Landung in Travemünde. In 17 Stunden hat das Flugboot demnach 2600 Kilometer zurückgelegt, also eine mittlere Geschwindigkeit von 153 Kilometer erreicht. Diese 2600 Kilometer würden die längste überseeische Flugstrecke nach Südamerika von den Kapverdischen Inseln nach Fernando Noronha um etwa 200 Kilometer übertreffen. Dies ist allerdings nur eine theoretische Berechnung, da man für einen planmäßigen Transozeanflugverkehr einen noch größeren Aktionsradius in Rechnung stellen muß. Daher wird die Deutsche Luftflotte das Erprobungsprogramm der Mohrbach-Romar noch weiter ausdehnen.

Litauen an den Völkerbund. Im Zusammenhang mit neuerlichen Zwischenfällen an der polnisch-litauischen administrativen Linie hat die litauische Regierung ein Telegramm an das Völkerbundssekretariat geschickt, das nach einer Aufzählung der Zwischenfälle mit der Bitte schließt, diese Tatsache dem Völkerbund mitzuteilen.

Von den Schweizer Ozeanfliegern, deren Brennstoff längst erschöpft sein muß, hat man noch keine Nachricht. Das amerikanische Marinedepartement hat alle Schiffe drahtlos erfuhr, nach dem Flugzeug Ausschau zu halten. Es heißt noch die Möglichkeit, daß die Maschine während des schweren Nebels, der an der Neufundlandküste und in der Nähe von Halifax herrschte, dort niedergegangen ist.

Einer seltsamen Gewohnheit ist die Polizei in Birmasens auf die Spur gekommen. Sie stellte fest, daß mit einem Lastkraftwagen, der zum Transport von Lebensmitteln, insbesondere von Milch, benutzt wird, innerhalb der Stadt und nach außerhalb Reiches transportiert wurden. Es wurde Straf-anzeige erlassen.

In Neufahrn (Niederbayern) und Umgebung brachen in ganz kurzer Zeit 12 Brände aus. Durch Zufall konnte die 65 Jahre alte Landwirtin Maria Wögl aus Neufahrn, deren großes Anwesen feinerweise als erstes dem Feuer zum Opfer fiel, als Brandstifterin entlarvt werden. Sie ist geistes-gehort.

Das fahrbahnmäßige Staatsauto der Linie Eibenrod-Plauen ist bei Bernsdorf eine 15 Meter hohe Böschung hinabgestürzt, wobei es sich dreimal überschlug. 20 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Die englische „Mauretania“, die Mittwoch vormittag aus New York in Plymouth anland, hat den Rekord der „Bremer“ nicht schlagen können.

In New York wurde an Bord der „Bremer“ wieder ein blinder Passagier, der 32jährige Hans Verlage verhaftet. Er hatte in Bremen die Uniform eines Stewards gestohlen und war so an Bord gelangt. Die Reise benutzte er zu Raubzügen in den Luxusabteilen des Schiffes, wobei ihm Wertgegenstände im Betrage von etwa 100.000 Mk in die Hände fielen.

In Lateinamerika flogen das amerikanische Marineflugzeug „Los Angeles“ und ein Marineflugzeug auf, um die Verstecke aufzuspüren, das Flugzeug mittels einer Trappvorrichtung am Luftschiff an- und loszubauen. Die Verstecke wurden auch während der Nacht durchgeföhrt.

## Badischer Teil

### Zur Aufhebung des Schiefervermerkzwanges mit der Tschechoslowakei

Nach einer Vereinbarung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wird in Zukunft bei den tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die nach ihrer Einreise in Deutschland eine Stelle antreten wollen, auf die vor dem Grenzübertritt zu beschaffende Zustimmung der Bewilligung zum Stellenantritt“ verzichtet.

### Aus der badischen Landwirtschaft

Die Tabakernte im Gannauer Land nimmt allmählich ihren Anfang. Zum Teil werden schon die Sandblätter geerntet. Dank der günstigen Witterung ist der Tabak in seinem Wachstum gut fortgeschritten. Die anfangs begabten Befürchtungen wegen der Reifezeit, die in verschiedenen Gemeinden mehr oder minder stark aufgetreten war, haben sich als übertrieben erwiesen. Man glaubt, daß die diesjährige Ernte die vorjährige sowohl der Menge wie der Güte nach übertreffen wird.

Der unterbadische Hopfenpreis. Die bis jetzt erzielten Preise von 50 bis 60 Mk pro Zentner können, wie aus Walldorf berichtet wird, keineswegs befriedigen. Kommen im Vorjahre für den Zentner 150 bis 200 Mk erlöst werden, so ist der Rückgang um so unverständlicher, als der Bierkonsum zugenommen hat. Der Bedarf ist reich. Durch den fehlenden Regen hat aber der Hopfen nur sehr schlecht geschlossen, so daß auch die Quantität sehr beeinträchtigt wird. Dies hat im Verein mit den obenangestellten geringen Preisen zu dem Entschluß verschiedener Hopfenbauern Anlaß gegeben, die geringeren Hopfenbestände einfach draußen auf dem Felde zu lassen.

### Aus den Parteien

Am heutigen 22. August feiert Rechtsanwalt und Stadtrat Eugen Steinle (Pforzheim), der Führer der Deutschen Volkspartei in Baden, seinen 50. Geburtstag. 1879 in Schopfheim geboren, war er Referendar und Gerichtsassessor in Karlsruhe, Emmendingen und Waldshut; dann ließ er sich in Karlsruhe, seit 1907 in Pforzheim als Anwalt nieder. Bei Kriegsausbruch rückte Steinle als Hauptmann ins Feld und wurde gleich im August 1914 schwer verwundet. Nach dem Kriege widmete sich Steinle besonders der Kommunal- und Landespolitik. Anlässlich des Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim 1926 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt.

### Tagungen

Deutsche keramische Gesellschaft. Vom 27. bis 29. September tagt in Heidelberg die Deutsche keramische Gesellschaft e. V. Danach will man zu Besichtigungen nach Karlsruhe und Mannheim.

Der 12. Verbandstag des Verbandes selbständiger Sattler, Tapezierer und Dekorateur für Baden wurde in Lahr abgehalten. Der Vorsitzende, Präsident und Landtagsabgeordneter Burkardt (Heidelberg), hielt einen Vortrag über das Kalkulationswesen. Der nächste Verbandstag soll in Pforzheim abgehalten werden.

## Gemeinderundschau

### Ausstellung Bruchsal 1929

Die badischen gelben Dragoner hatten in Bruchsal eine stattliche Unterkunft. Gebäude für die Soldaten, die Pferde, die Ausrüstung waren neu und geräumig. Nach dem Versailler Vertrag kann nun Bruchsal nicht mehr Garnisonstadt sein. Die Stadtverwaltung hat deshalb das Kasernenwesen zweckmäßig anders verwendet. Wohnungen, Schulen, Turnhallen, Baderer- und Jugendherberge, die Mannschaftsstuben, Pferdehülle, Futterkammern, Kantine, Reitplätze usw. getreten. Das im Süden der Stadt zwischen Durlacher und Kasernenstraße liegende ehemalige Kasernen mit allen verfügbaren und geeigneten Bauten wird nun demnächst noch einem besonderen Zweck dienen; es wird die große Ausstellung für Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie aufnehmen, die vom 28. September bis einschließlich 2. Oktober d. J. von der Stadt Bruchsal in Verbindung mit dem Pfingstauverbund, den landwirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen veranstaltet wird. Wer noch als Aussteller zugelassen werden will, möge sich alsbald an die Ausstellungsleitung wenden.

### Förderung des Kleinwohnungsbaues

In der kürzlich abgehaltenen Bezirksversammlung des Bezirkswohnungsverbands Lahr-Land wurde das Rechnungsergebnis und der Tätigkeitsbericht für das Rechnungsjahr 1928/29 verlesen, und von der Versammlung gutgeheißen. Wie aus dem Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Rechnungsjahr zu entnehmen ist, sind vom Bezirksausschuß 114 Baubewilligungen genehmigt worden, womit die Erstellung von 184 Wohnungen gesichert ist. Bis zum 31. März 1929 waren hiervon im Rohbau fertiggestellt bzw. schon bezogen: 2 Einzimmer-, 58 Zweizimmer-, 65 Dreizimmer-, 20 Vierzimmer-, 7 Fünzimmer- und 1 Sechszimmerwohnung, zusammen 153 Wohnungen. Zur Erstellung dieser Wohnungen und zur Verbilligung der Baukosten wurden vom Bezirkswohnungsverband Lahr-Land Baudarlehen im Gesamtbetrag von 285.450 Mk ausbezahlt. Im Vergleich mit früheren Jahren hat sich die Tätigkeit des Verbandes auch im Rechnungsjahr 1928/29 weiterhin gesteigert sowohl hinsichtlich der Zahl der genehmigten Anträge als auch in der Höhe des angelegten Darlehensbetrages.

Mit dem dem Verband zustehenden Anteil an der Gebäudesondersteuer (81.400 Mk) konnte die Nachfrage nach billigen Baugeldern nicht befriedigt werden. Der größte Teil der ausbezogenen Darlehen mußte durch bedeutende, zum Teil hoch verzinsliche Anleihen aufgebracht werden, die an die einzelnen Bauherren zu niedrigerem Zinsfuß weiterzugeben wurden. Dadurch wurde die Erstellung der oben aufgezählten Wohnungen möglich, und die immer noch herrschende Wohnungsnot teilweise gelindert.

Im neuen Rechnungsjahr konnte der Verband schon den Bau von 53 neuen Wohnungen fördern, wofür bereits 106.000 Reichsmark ausbezahlt wurden. Die dem Verband für das Jahr 1929/30 zustehenden Mittel dürften jedoch bald aufgebraucht sein; es empfiehlt sich daher, etwaige Anträge auf Baudarlehen unverzüglich einzureichen, damit der Kapitalbedarf gedeckt werden kann und in der Bewilligung und Auszahlung der Darlehen keine Verzögerung eintreten muß.

Ergebnislose Bürgermeisterwahlen. Auch der dritte Wahlgang der Vellingener Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos, weil sich wie beim ersten nicht ein Drittel der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligte. Beim zweiten Male hatten sie zwar ein Resultat, jedoch hatte man jemand zum Bürgermeister gewählt, der von vornherein erklärt hatte, daß er die Wahl nicht annehmen werde. Jetzt erhält Vellingen einen kommissarischen Bürgermeister. — Die Bürgermeisterwahl in Erdmannweiler (b. Billingen) ist nach nachträglichen Feststellungen resultatlos verlaufen, da keiner der beiden Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreicht hat.

## Aus der Landeshauptstadt

Ein Prozeß mit politischem Hintergrund. Das Erweiterte Schöffengericht Karlsruhe verhandelte heute unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Stritt gegen 13 Angeklagte, die beschuldigt sind, daß sie durch die Gründung des Arbeitermusikvereins „Fanfaria“ am 7. Juli d. J. die Fortsetzung des durch Verfügung des badischen Innenministers vom 11. Mai d. J. aufgelösten Rotfrontkämpferbundes betrieben hätten. Die Anklage stützt sich auf den § 14 Abs. 2 des Republik-schutzgesetzes. Der angeklagte 56jährige Schlosser Josef Ehrenberger, der in der Gründungsversammlung als Vorsitzender fungierte, erklärte, daß er weder dem Rotfrontkämpferbund noch der kommunistischen Partei angehöre und die Gründung des Arbeitermusikvereins „Fanfaria“ in die Wege geleitet habe in der Voraussetzung, daß Politik ferngehalten wird. Auch die übrigen Angeklagten gaben die Erklärung ab, daß die „Fanfaria“ neutral aufgezogen worden sei.

Der Kampf geht weiter! Es mußte wiederum gegen neun Kraftfahrzeugführer eingeschritten werden, weil ihre Fahrzeuge ein übermäßiges Geräusch verursachten. Ebenso gelangten 5 Fahrer zur Anzeige, deren Kraftfahrzeuge zu starken Rauch entwickelten.

Badisches Landestheater. Die Probenarbeit im Landestheater hat in vollem Umfange begonnen. Wie schon früher mitgeteilt, findet die Eröffnung der neuen Spielzeit am 14. September statt, und zwar im Schauspiel mit Goethes „Faust“ (I. und II. Teil), in der Oper mit Wagners „Ring des Nibelungen“ Vorabend „Das Rheingold“ am 17. September.

Sommeroperette im Konzerthaus. Heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, 20 Uhr wird auf vielseitigen Wunsch nochmals die beliebte Operette „Schwarzwaldbädel“ mit Maria Prach als Bärbele gegeben. Für diese beiden Vorstellungen gelten ermäßigte Preise (0,90 bis 3 Mk). Samstag, den 24. August, 20 Uhr findet — wie bereits mitgeteilt — die Aufführung der Operette „Kirmes in Nedargemünd“, Musik von Rudolf Perat, statt. Der Komponist wird die Uraufführung und die erste Wiederholung am Sonntag, den 25. d. M., persönlich dirigieren. Sonntag, 15.30 Uhr, Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen (0,75 bis 3 Mk), „Schwarzwaldbädel“. Montag, den 26. August, 20 Uhr, Abschiedsvorstellung Erik Solvester: „Die Tanzgräfin“. Die Premiere „Madame Pompadour“ mit Kammeränger Robert Gutt ist auf Samstag, den 31. August, festgesetzt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die gestrige Witterung stand noch unter dem Einfluß der kühlen Nordströmung. Ein kleines Teilhoch bringt heute morgen fast durchweg wolkenloses Wetter. Von Westen rückt jedoch unter dem Einfluß einer großen atlantischen Zyllone, die bereits herbstlichen Charakter zeigt, erneut Bewölkung und ein Regengebiet heran. Wir werden bald wieder zyklonale Witterung bekommen. Wetterausichten: Zunehmende Bewölkung und später Niederschläge

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Mannheim, 21. Aug.** Konful Paul Baus hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als norwegischer Konful niedergelegt. Zu seinem Nachfolger ist von der Königlich Norwegischen Regierung in Oslo Herr Gustav Ried, hier, Sophienstr. 14, Direktor der Rheinischen Elektrizitäts-A.G., für den Freistaat Baden ernannt worden.

**Id. Heidelberg, 21. Aug.** Dienstag vormittag stürzte der fahrplanmäßige Postomnibus Heilberg-Heidelberg mit zahlreichen Arbeitern an einer abschüssigen Stelle den Abhang hinunter, blieb aber glücklicherweise an einem Baum hängen. Sämtliche Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Bei dem Versuch, den Wagen wieder flott zu machen, fiel einem Monteur aus Karlsruhe ein Balken auf den Kopf und verletzte ihn so erheblich, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

**D3. Ettlingen, 21. Aug.** Im Alter von 82 Jahren ist im Krankenhaus zu Karlsruhe, wo er sich einer Operation unterzog, der Obermusikmeister a. D. Albert Honrath gestorben. In der Vorkriegszeit brachte er mit seiner weithin bekannten Kapelle der Unteroffizierschule durch die Sommerkonzerte immer ein reges musikalisches Leben in unsere Stadt. Honrath hat den Krieg von 1870/71 mitgemacht und war während des Weltkrieges Obermusikmeister eines Kavallerie-Regiments.

**Nadolszell, 21. Aug.** Im hohen Alter von 80 Jahren folgte Frau Malwina Schießer Wwe. geb. Vogler ihrem im Jahre 1918 verstorbenen Gatten, dem Fabrikanten J. Schießer, im Tode nach. Im Jahre 1876 gründete Herr Schießer in Nadolszell eine mechanische Weberei, die dank seiner Umsicht und geschäftlichen Erfahrung und der aufopfernden Mitarbeit seiner Gattin aus kleinsten Anfängen zu einem modernen Großbetrieb heranwuchs, dessen Erzeugnisse auf der ganzen Erde heimisch geworden sind. Nicht nur den Bertsangehörigen, sondern auch vielen Armen der Stadt war Frau Schießer eine freundliche Wohltäterin, dem Frauenverein und dem Tuberkuloseauschuss eine wirksame, hilfsbereite Stütze. In Anerkennung ihrer Verdienste um den Aufbau des Betriebes und ihrer wohlthätigen Gesinnung ernannte sie die Stadtverwaltung im Jahre 1926 zu ihrer Ehrenbürgerin.

**D3. Langenbrücken (Ami Bruchsal), 22. Aug.** Ein äußerst betrübliches Familiendrama fand mit der Verhaftung des 46-jährigen Schreinermeisters Julius Vog durch die Polizei ein Ende. Dem aus Ettenheim gebürtigen Mann gelang es durch Fleiß und Kenntnisse, sich selbständig zu machen, und in gute Verhältnisse zu kommen. Seit 5-6 Jahren aber ist das Familienleben des Mannes vollkommen in Zerfall geraten, und Frau und Kinder wurden von ihm in brutalster Weise mißhandelt. Nach einer erneuten schweren Mißhandlung erstattete die Ehefrau Anzeige, was die Verhaftung des Vog durch vier Gendarmen außerhalb des Hauses zur Folge hatte, weil Vog über außerordentliche Körperkräfte verfügt und als gewalttätiger Mensch gefürchtet ist. Da die Aussagen der Ehefrau darauf schließen lassen, daß es sich bei dem Inhaftierten um einen anormal veranlagten Menschen handelt, so dürfte die Untersuchung auf seinen Geisteszustand und die Überführung in eine entsprechende Heilanstalt nicht ausbleiben.

Auch diese Halle ist in den bestehenden zwangsläufigen Kundgang eingegliedert. Diese Fachmesse wird wieder ein umfassendes Bild der gesamten deutschen Möbelproduktion geben. Neben den Erzeugnissen der thüringischen, westfälischen und lippischen Industrie werden auch süddeutsche Qualitätsmöbel in verstärktem Umfange vertreten sein. Wie bisher findet die Möbelmesse unter Mitarbeit und Kontrolle des Deutschen Möbelfachverbandes, Ortsgruppe Frankfurt am Main, statt. Der Besuch ist nur Wiederverkäufern gestattet, die sich als solche ausweisen können. Die Haushaltmesse wird wieder in der günstig gelegenen Othalle untergebracht sein. Sie umfasst außer den bekannten Haushaltsartikeln auch Spielwaren, Christbaumschmuck und Galanteriewaren. Zeitlich liegt der Termin dieser Messe so vorteilhaft, daß mit einem guten Weihnachtsgeschäft gerechnet werden kann.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	22 August		21 August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.05	168.79	168.08	168.37
Kopenhagen 100 Kr.	111.67	111.89	111.66	111.88
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.338	20.378	20.336	20.376
New York . . . 1 D.	4.195	4.203	4.1905	4.2003
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.42	16.45
Schwiz . . . 100 Fr.	80.73	80.89	80.705	80.865
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.416	12.436	12.413	12.433

Messe in Frankfurt am Main vom 22. bis 25. September 1929. In Frankfurt am Main finden vom 22. bis 25. September eine Möbelmesse und eine Herbstmesse für Haushaltsartikel und Spielwaren statt. Die Möbelmesse wird außer den Räumen, die ihr bisher zur Verfügung standen, noch eine weitere, unmittelbar anschließende Halle in Anspruch nehmen.

Gründung der Neuen Frankfurter Versicherungs-A.G. Die Gründung der Neuen Frankfurter Allgem. Versicherungs-A.G., mit dem Sitz in Frankfurt a. M., ist am Mittwoch erfolgt. Die Gesellschaft hat ein Grundkapital von fünf Millionen Reichsmark, wovon 25 Proz. eingezahlt sind. Sie steht unter voller Garantie der Allianz und Stuttgarter Versicherungs-A.G. und wird Versicherungsgeschäfte aller Art, einschl. der Rückversicherung, jedoch mit Ausnahme der Lebensversicherung betreiben.

Sparfassenaufwertung in Sachsen. Das sächsische Ministerium des Innern hat zur Vermeidung umständlicher Umrechnungsarbeiten, die in keinem Verhältnis zu den in Frage kommenden Beträgen stehen würden, angeordnet, daß bei der Aufwertung von Sparguthaben, die von einer sächsischen Sparkasse während der Inflationszeit auf eine andere sächsische Sparkasse überwiesen worden sind, gleichmäßig ein Aufwertungsfuß von 12 1/2 Proz. des Goldwertes des Guthabens bei der ersten Sparkasse zugrunde zu legen ist. Sind an dem Aufwertungsverfahren sächsische und außersächsische Sparkassen beteiligt, so ist gemäß Vereinbarungen mit den übrigen Ländern nach dem gleichen Grundsatz zu verfahren. Sind jedoch an dem Aufwertungsverfahren heftische und sächsische Sparkassen beteiligt, so ist der Erfahrungsfuß stets nach dem bei den beteiligten Sparkassen in Betracht kommenden niedrigeren Aufwertungsfuß zu berechnen.

**Öffentliche Sparkasse Kenzingen.**

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
1. Kassenbestand . . . . .	22 230,96	1. Spareinlagen . . . . .	2 100 978,25
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Post-scheck . . . . .	168 468,01	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen . . . . .	271 495,23
3. Wertpapiere . . . . .	49 512,50	3. Sonstige Einlagen . . . . .	—
4. Wechsel . . . . .	30 485,60	4. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	146 633,59
5. Darlehen auf Hypo- theken . . . . .	1 173 958,53	5. Ausgaberrückstände . . . . .	—
6. Darlehen in lfd. Rech- nung an Private . . . . .	432 367,57	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuld- scheinen . . . . .	403 110,36	a) gesetzlicher Mejerbefonds	181 779,98
8. Lombarddarlehen . . . . .	12 800,—	b) Sonderrücklage . . . . .	—
9. Darlehen an Gemeinden	323 018,90	c) Aufwertungsstok . . . . .	—
10. Einnahmerückstände . . . . .	93 452,38	7. Reingewinn vom Jahre 1928 . . . . .	42 785,38
11. Grundstücke u. Gebäude	121 230,72	8. Mehrerlös aus dem Ver- kauf von Grundstücken . . . . .	28 999,—
12. Gerätschaften . . . . .	7 439,—	9. Aufwertungsverpflich- tungen . . . . .	1 439 113,83
13. Aufwertungsforderungen	621 206,71		
14. Fehlbetrag zur Aufwer- tungsmasse . . . . .	752 504,02		
	4 211 785,26		4 211 785,26

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 2 372 473,— RM Einlagen . . . . . 189 797,76 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 . . . . . 253 564,36  
Somit mehr . . . . . 63 766,60 RM

Kenzingen, den 9. Juli 1929. 424  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Wapfij. Der Geschäftsleiter: Häring.

**W**ollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

**Karlsruher Zeitung**  
BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

**3.430. Triberg.** Über das Vermögen der Firma Böhle, Rauble & Co., G. m. b. H., in Triberg wurde am 21. August 1929, vormitt. 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter ist ernannt: Direktor Daniel Goebel in Baden-Baden. Konkursforderungen sind bis zum 4. Oktober 1929 bei dem Gerichte anzumelden. Zu-

gleich wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines endgültigen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausshusses und eintretenden Falles über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf: **Freitag, den 11. Oktober 1929, vorm. 9 Uhr,** vor dem

Amtsgericht, hier, 2. Stod, Zimmer Nr. 6, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache

**Nehmen Sie**

Bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

**Einladung zur ordentl. Generalversammlung der Schaffer-Gilde, Spar-, Kredit- u. Baukassa der Schaffer e. G. m. b. H., Karlsruhe,**

auf Montag, den 2. September 1929, abends 8,30 Uhr, im Restaurant „Edwenzchen“ Kaiserpassage. 756

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstands.
  2. Bericht des Aufsichtsrats.
  3. Genehmigung der Bilanz.
  4. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
  5. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat.
  6. Beschlußfassung über Klage gegen die Gemeinde Teufschneureut und den Bad. Staat.
  7. Anträge der Genossen.
  8. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgedruckt Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Oktober 1929 Anzeige zu machen.

Triberg, 21. Aug. 1929.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

**3.429. Bruchsal.** Über das Vermögen der Firma Deß & Levi, Manufaktur-

waren in Bruchsal, wurde heute, nachmittags 6 Uhr, Konkurs eröffnet. Verwalter: Rechtsanwalt Groß in Bruchsal. Offener Arrest mit Anzeigefrist sowie Anmeldefrist bis 7. September 1929. Prüfungstermin am 18. September 1929, vorm. 10 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht, 1. Stod, Zimmer Nr. 1.

Bruchsal, 20. Aug. 1929.  
Amtsgericht IV.

**Kommunal-Anleihen**

in jeder Höhe, günstig zu vergeben. Gefl. Angebote unter Nr. 757 an die Karlsruher Zeitung erbeten.

**SOMMER-OPERETTE**  
im Städtischen Konzerthaus

Donnerstag, 22. August und Freitag, 23. August 20 Uhr:  
**2 Volks-Vorstellungen**  
zu ermäßigten Preisen (0,90 bis 3,— RM)

**Schwarzwaldmädel**  
mit Marita Prach als Bärbele

Samstag, den 24. August, 20 Uhr Uraufführung  
**Kirmes in Neckargemünd**  
unter persönlicher Leitung des Komponisten Rudolf Perak  
Gewöhnliche Preise (1,20 bis 4,50 RM)

Sonntag, 25. August nachmittags 15,30 Uhr  
zu kleinen Preisen (0,75 bis 3,— RM.)

**Schwarzwaldmädel**  
mit Marita Prach als Bärbele

Abends 20 Uhr  
Zum erstenmal wiederholt:  
**Kirmes in Neckargemünd**  
unter persönlicher Leitung des Komponisten Rudolf Perak  
Gewöhnliche Preise (1,20 bis 4,50 RM.)